SVP-Klartext

DIE ZEITUNG DES MITTELSTANDES

Die Linke plant die Abwahl Blochers und zielt damit direkt auf den bürgerlichen Einfluss in der Landesregierung. Caspar Baader weist auf die Gefahren einer linken Einheitsregierung hin.

Seite 5

Die Unsicherheit nimmt zu. Und damit gehen Freiheit und Lebensqualität verloren. Natalie Rickli zeigt auf, wie die zunehmende Gewalt allmählich unseren Alltag verändert.

Seite 7

In der Stadt Frauenfeld «entscheidet» der Gemeinderat über Einbürgerungen. Hermann Lei berichtet über ein absurdes Geheimverfahren.

Seite 9

AZB Zofingen – Preis Fr. 35.– jährlich – erscheint monatlich – Auflage 55 000 Expl. – www.svp.ch – klartext@svp.ch – Ausgabe Nr. 9/2007

Der Rechtsstaat versagt
Ein Opfer der Ausländergewalt berichtet **S. 6**

Kriminalität und Jugendgewalt unter der Lupe
Kantonsrat René Isler **S. 8**

Missbrauch des Völkerrechts zur Beschneidung des Volkswillens
Nationalrat Luzi Stamm **S. 10**

Steuergelder für SP-Wahlpropaganda
Nationalrat Hans Kaufmann **S. 12**

Politische Rassisten?
Kantonsrat Heinz Müller **S. 13**

Auf nach Bern!
Nationalrat Toni Brunner **S. 15**

Reklame

Gegen ein linkes Einheitsregime

Das Jahr 2003 steht für einen Umbruch in der Politik der Schweiz. Die SVP eroberte einen zweiten Sitz im Bundesrat. Und beendete damit die Epoche der linken Realitätsverweigerung. Seither hat sich manches gewandelt in Bundesbern. Nun aber planen Linke und Machtverliebte die Rückkehr. Sie wollen Blocher abwählen. Sie wollen bürgerliche Positionen aus der Regierung verbannen. Sie wollen zurückkehren zu einer verhängnisvollen Politik der Verschwendung, Selbstverleugnung und Missbrauchsfreundlichkeit. Es gibt nur eine Antwort: Alle an die Urnen! Denn nur mit einem starken Abschneiden der SVP bei den Parlamentswahlen vom 21. Oktober können wir den linken Machtanspruch zurückweisen.

STIFTUNG
FÜR BÜRGERLICHE
POLITIK

Ihre langfristige Investition für eine bürgerliche Politik

Zur finanziellen Unterstützung ihres Einsatzes für eine neutrale, unabhängige Schweiz, für eine geradlinige Ordnungspolitik und für einen gesunden Staatshaushalt hat die SVP die «Stiftung für bürgerliche Politik» ins Leben gerufen. Die Stiftung bezweckt, die Partei mit den Anlageerträgen des Stiftungsvermögens in der politischen Grundlagenarbeit und Meinungsbildung auf Bundesebene finanziell zu unterstützen. Mit Ihrer Spende oder Ihrem Legat können Sie auch über Ihr eigenes Leben hinaus die SVP und deren bürgerliche Politik unterstützen.
Auskünfte zur Stiftung wie auch über die Errichtung eines Legates bzw. Vermächtnisses erteilt Ihnen gerne der Stiftungsratspräsident, Nationalrat Hans Kaufmann, Niederweg 18a, 8907 Wettswil, oder Gregor A. Rutz, Generalsekretär SVP, Brückfeldstrasse 18, Postfach 8252, 3001 Bern (Tel. 031 300 58 58).

Impressum SVP-Klartext

Die Zeitung des Mittelstandes

Herausgeberin: Stiftung SVP-Parteizeitung

Erscheinungsweise: 12×/Jahr

Chefredaktor: Matthias Müller

Inserate: Roman S. Jäggi

Adresse:
Generalsekretariat SVP
Postfach 8252, 3001 Bern
Telefon 031 300 58 58, Fax 031 300 58 59,
E-Mail: klartext@svp.ch

Jahresabonnement:
Für Nicht-Parteimitglieder Fr. 35.–
(Parteimitglieder erhalten SVP-Klartext gratis)

Bankverbindung:
Stiftung SVP-Parteizeitung, UBS Bern-Länggasse, PC 30-35-9

Druck:
ztprint/Zofinger Tagblatt AG, Henzmannstrasse 20, 4800 Zofingen,
Telefon 062 745 93 93, Fax 062 745 93 49

Adressänderungen:
Per E-Mail an zollinger@svp.ch oder per Post an Zofinger Tagblatt AG
(Adresse s. «Druck»)

Ihr Inserat in «SVP-Klartext»

«SVP-Klartext» ist die Zeitung für den Mittelstand. Sie erscheint monatlich in einer Auflage von 55000 Exemplaren.

Ab nur 140 Franken sind Sie mit einem Inserat dabei. Auf Wunsch vierfarbig. Neu sogar ohne Farbzuschläge.

Interessiert? Weitere Auskünfte erhalten Sie über Telefon 031 300 58 58 oder E-Mail klartext@svp.ch.

Nationalrat Ueli Maurer, Präsident SVP Schweiz

Politisches Programm statt Prestige und Pöstchen

Am 21. Oktober sind Parlamentswahlen. Was bedeutet das? Worum geht es? Das Volk bestimmt seine Vertreter, Frauen und Männer, die an Volkes Stelle in Bern die Geschäfte beraten und Entscheide fällen. Und diese Volksvertreter wählen auch unsere Regierung, den Bundesrat. Weil das Volk den Bundesrat nicht direkt wählen kann, sind Bundesratswahlen anfällig für geheime Absprachen und Allianzen. Hinter den Kulissen wird gemauschelt und gefeilscht.

Auch jetzt wieder: Der neue Wind, den die SVP mit Christoph Blocher in ein verkrustetes und unbewegliches System gebracht hat, setzt Pfründepolitikern und Machtverliebten zu. Deshalb planen sie jetzt Revanche und Rückkehr. Linke zusammen mit Postenhungrigen aus dem Zentrum bereiten das Terrain vor für den Sturz Blochers. Die einen aus linksideologischen Motiven, die anderen aus Gier nach Macht, Lust an Prestige, Streben nach Ämtern und Pöstchen. So wollen sie die Zusammensetzung der Regierung verhindern, wie sie den durch Wahlen demokratisch ermittelten Parteienstärken entspricht. Ihren Machtwillen stellen sie über den Volkswillen.

Dem Kampf gegen die SVP haftet etwas Totalitäres an: Man vermag uns nicht mit Argumenten entgegenzutreten. Linke und Machthungrige gehen ausserhalb des bewährten demokratischen Wettbewerbs gegen uns vor: Wir werden verunglimpft. Die Stadt Genf verurteilt unsere Plakate zur Ausschaffungsinitiative. UNO-Bürokrat Doudou Diène gelangt deswegen an die Landesregierung. Richter verbieten unseren Wahlkampffilm. Bundespräsidentin Calmy-Rey denunziert unsere Politik als «dégoutable».

Das sind die Vorbereitungen für den Dezember-Coup: In einem ersten Schritt werden wertkonservativ und freiheitlich gesinnte Bürgerinnen und Bürger ausgegrenzt, verleumdet und beschimpft. Dann wird in einem zweiten Schritt die Regierungsbeteiligung der SVP und der Sitz von Christoph Blocher im Bundesrat als «unverträglich mit der Demokratie» erklärt. Dann verweigert, in einem dritten Schritt, eine Allianz der Macht Bundesrat Blocher die Bestätigung und verbannt damit bürgerliche Politik aus der Regierung. Der SP-Ideologe Andreas Gross präsentiert politheoretische Rechtfertigungen für ein linkes Einheitsregime. Unter dem begrifflich widersprüchlichen Titel «Kleine Konkordanz» entwirft er in seinem Buch «Für weniger Blocher» Machtmodelle einer Regierung ohne SVP, das heisst: für ein Kartell ohne die wichtigste politische Kraft im Lande.

Am 21. Oktober sind Parlamentswahlen. Worum geht es? Um die Zukunft unserer Heimat: Es entscheidet sich, ob die SVP im Bundesrat weiterhin heimattreue und bürgerliche Positionen einbringen kann. Denn ganz machtlos ist das Volk nicht. Mit einem starken Abschneiden kann die SVP die linken Machtpläne vereiteln. Deshalb sind diese Wahlen so wichtig. Sie geben dem Volk die einzige Möglichkeit, auf die Zusammensetzung unserer Regierung einzuwirken.

Ihr Ueli Maurer

Seit mehr als 30 Jahren sind wir für unsere Kunden in den Bereichen politische Kommunikation und Wirtschaftswerbung tätig.

Für die SVP, für Politikerinnen und Politiker, für Verbände, Behörden, Vereine und Stiftungen sowie für KMU-Betriebe in der ganzen Schweiz. Zupackend, kostenbewusst und termintreu.

Und dies in den Bereichen
- Wahl- und Abstimmungswerbung • Campaigning und Persönlichkeitsprofilierung
- Lobbying und PR • Produkte- und Dienstleistungswerbung • Eventorganisation

Dabei haben wir eines immer wieder bewiesen: Wo nötig, schaffen wir auch die gewünschte Medienaufmerksamkeit...

Wir wollen Ihren Erfolg

GOAL
AG für Werbung und Public Relations

Walter Minder, Berater Wirtschaftskommunikation
Alexander Segert, Berater politische Kommunikation
Tel 043 499 24 00, info@goal.ch, Postfach, 8600 Dübendorf/ZH

Bundesrat Samuel Schmid

Freie Menschen und freie Märkte

Die gut gehende Wirtschaft macht den Weg frei zu den wichtigen Zielen staatlicher Tätigkeit, von der sozialen Sicherheit bis hin zur militärischen. Eine gut gehende Wirtschaft setzt primär freie Menschen voraus und freie Märkte. Diese Tatsache wird in der Schweiz selten bestritten und doch bestehen im Lande zwei latente Vorbehalte, denen wir uns zu stellen haben. Einerseits wird, auf der moralischen Ebene, kritisiert, freie Märkte öffneten der Gier Tür und Tor. Andererseits wird, ökologisch, der Ressourcenverschleiss angeprangert, welcher angeblich eintritt, wenn sieben Millionen Menschen unabhängig voneinander täglich ihre eigenen wirtschaftlichen Entscheidungen fällen. Wie so oft im Leben haben beide Kritiken etwas für sich. Wir haben in den letzten Jahren Gier gesehen und sie ist hässlich. Wir erleben nach wie vor im Alltag materielle Exzesse und finden keineswegs Gefallen daran. Gleichzeitig stellen wir fest, dass der Gier durch Aktionäre und öffentliche Meinung in unserem Lande Grenzen gesteckt werden und dass der wirksame Grundsatz der Eigenverantwortung (und die daraus resultierende Gefahr des wirtschaftlichen Zusammenbruchs) auch die Verschwendung in einem erträglichen Mass hält. Vor allem aber erleben wir die unsichtbare Hand des Marktes: Rund 70 Dollar pro Fass Rohöl und Benzinpreise um Fr. 1.75 pro Liter sind wirksamere Argumente für das Energiesparen als politische Predigten und erst noch gerechtere, denn alle zahlen gleichviel. Werden knappe Güter stärker nachgefragt, verteuern sie sich. Das ist die Chance für Alternativlösungen. Wir können und werden als einzelne Menschen und auch als Magistraten nie so weit sehen wie die sieben Millionen freien Menschen in ihrer Gesamtheit. Deshalb gilt es für uns alle, auch wenn es gelegentlich Überwindung kostet, zur florierenden Wirtschaft nicht nur durch unser Handeln beizutragen, sondern auch dadurch, dass wir der Ökonomie erlauben, ihr Gleichgewicht selber zu finden, getreu dem zeitlosen Motto: Freie Menschen und freie Märkte!

Ihr Bundesrat Samuel Schmid

STADLER
Clevere Lösungen auf der Schiene

Damit Bahnfahren Spass macht.

Stadler Bussnang AG
Industriestrasse 4
CH-9565 Bussnang, Schweiz
Telefon +41 (0)71 626 20 20
stadler.bussnang@stadlerrail.ch
www.stadlerrail.com

Nationalrat Caspar Baader, Gelterkinden BL, Fraktionspräsident der SVP

Die Konkordanz entspricht der direkten Demokratie

Unser weltweit einmaliges Staatssystem der direkten Demokratie hat ein einmaliges Regierungsmodell hervorgebracht. Wir können sagen: Die Konkordanz entspringt und entspricht der direkten Demokratie. In der Schweiz kann das Volk mit Initiative und Referendum direkt die Verfassungs- und Gesetzgebung bestimmen. Das hat der Schweiz politische Stabilität beschert und wesentlich zum wirtschaftlichen Erfolg beigetragen. Das Volk hat mit bodenständigem und gesundem Misstrauen letztlich immer wieder die abgehobenen Visionen politischer Phantasten zurückgebunden und mit dem Stimm- und Wahlzettel zurechtgestutzt.

Das Volk spielt in der Schweiz häufig die Rolle einer unbestechlichen, konstruktiven Opposition. Diese wichtige Rolle des Volkes macht es sinnvoll, die wesentlichen politischen Kräfte in die Regierung miteinzubeziehen. Denn eine nicht ausgewogen zusammengesetzte Regierung, eine einseitige Koalition der Macht, stände nur zu bald dem übergangenen Volk gegenüber. Die Regierungsarbeit würde dadurch nicht effizienter, sondern anfälliger für Niederlagen an der Urne.

Erreichter Wandel

Vor den historischen Wahlsiegen der SVP in den Jahren 1999 und 2003 war ein bedeutender Teil der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger nicht in der Regierung vertreten. Die classe politique verharrte in ihrem Machtkartell mit dem beschönigenden Namen Zauberformel und eine Mitte-Links-Regierung politisierte realitätsblind am Volk vorbei – und musste vom Volk in Abstimmungen immer wieder korrigiert werden. Das Misstrauen gegenüber der Regierung in Bern war gross und wurde immer grösser. Eine logische, trotzdem aber gefährliche Entwicklung für unser Land.

Seit die SVP mit einem zweiten Bundesrat in der Regierung vertreten ist, hat die Schweiz wieder eine Regierung, in welcher alle wichtigen politischen Kräfte eine Stimme haben. Das hat sich bezahlt gemacht. Denken wir nur an die überwältigende Mehrheit, die im letzten Herbst den Vorlagen unseres Justizministers zugestimmt hat. Das zeigt, dass der neue Realismus breiteste Zustimmung findet.

Die volksferne classe politique, die vor vier Jahren eine Niederlage erlebte und einen Teil ihrer Macht an das Volk zurückgeben musste, plant nun die Rückkehr. Nicht offen, öffentlich und ehrlich. Nein, hinter den Kulissen werden Pläne geschmiedet. Da werden Szenarien beraten. Der Ämter- und Postenschacher ist in vollem Gange. Ein Sturz wird vorbereitet: Bundesrat Blocher soll abgewählt, die SVP aus dem Bundesrat gedrängt werden. Ein grosser Teil des Volkes darf nicht mehr länger in der Regierung vertreten sein. Stattdessen soll eine Mitte-Links-Koalition die Regierung übernehmen. Genau so, wie das Armeeabschaffer und SP-Vordenker Andreas Gross in seinem neusten Buch «Fahrplanwechsel» darlegt.

Gegen linke Machtansprüche

Eine Neuauflage der überheblichen, realitätsblinden und volksfernen Politik der Neunzigerjahre wäre die Folge. Das gilt es zu verhindern. Als wesentlichste politische Kraft muss die SVP im Bundesrat vertreten bleiben. Das Ende der Konkordanz hätte eine gefährliche Entfremdung zwischen Volk und Regierung zur Folge. Aber die Konkordanz kann nur durch die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger gerettet werden. Nur eine starke, nur eine vom Volk gestärkte SVP kann linke Machtansprüche zurückweisen. Es braucht unser aller Engagement, damit echte SVP-Politik weiterhin in der Landesregierung Wirkung zeitigen kann – motivieren Sie Bekannte und Freunde zum Wählen! Jede Stimme zählt!

ÜBERSETZEN, LEKTORIEREN, REDIGIEREN
AAREPTAN®
Bahnhofweg 17 - 5610 Wohlen - 056 622 33 44
translate@aareptan.ch - www.aareptan.ch

Der Rechtsstaat versagt

Unsere Ausschaffungsinitiative hat ein überwältigendes Echo ausgelöst. Täglich gehen zahlreiche positive Rückmeldungen auf dem Sekretariat ein. Darunter auch immer wieder ganz aufwühlende Berichte. Diese geben Einblick in persönliche Erlebnisse. Und zeigen: Die Opfer der brutalen Ausländergewalt sind nicht nur statistische Zahlen, es sind menschliche Schicksale.

So schrieb uns beispielsweise Herr Ralph Welling aus Arth im Kanton Schwyz: «Unser Sohn wurde von sechs Jugendlichen aus dem Balkan überfallen und grundlos brutal zusammengeschlagen. Danach lag er während zwei Wochen im Spital. Und seither leidet er an den Folgen einer schweren Augenverletzung. Es ist eine Schande für die Schweiz, dass diese Täter, obwohl bekannt, nach fast zwei Jahren immer noch ungestraft mit ihren Taten prahlen können. Dem Gericht fehlt offenbar entweder der Mut oder die Zeit, etwas zu unternehmen. Tausende von Franken kostet uns ein Anwalt. Aber die Täter erhalten gratis einen Pflichtverteidiger. Ändert dies nicht, bleibt nur die Schweiz zu verlassen. In einem Land ohne Sicherheit kann ich nicht leben.»

Zahnlose Justiz

Im persönlichen Gespräch erfährt man erschütternde Details: Es geschah im Oktober 2005. Alexander Welling, damals Lehrling im ersten Jahr, wollte nach einem strengen und langen Arbeitstag noch einige Kollegen an der Chilbi treffen.

Er blieb nicht lange und war bereits wieder auf dem Heimweg, als er einen Kollegen traf, der von ausländischen Jugendlichen bedrängt wurde. Noch ehe Alexander überhaupt realisierte, was vor sich ging, lag er schon am Boden. Zu sechst fielen sie über ihn her. Schlägertypen aus dem Balkan, in Arth bekannt und gefürchtet. Sie schlugen auf ihn ein, traten auf ihn ein, während Alexander wehrlos auf dem Boden lag. Schläge auf den Kopf, Tritte ins Gesicht. Ein Angestellter einer privaten Sicherheitsfirma ignorierte die Hilferufe. Als die Täter endlich von Alexander abliessen, war er schwer verletzt. Der Polizei konnte er noch Angaben zum Signalement der Schläger machen, dann wurde er sofort ins Spital eingeliefert. Dort musste er zwei Wochen bleiben. Unter anderem stellten die Ärzte einen Schädelriss beim Auge fest. «Das Auge war nur noch ein schwarzer Klumpen», erinnert sich Alexanders Vater.

Aufgrund der Täterbeschreibung konnte die Polizei die Täter ausfindig machen. Nicht, dass die brutalen Balkanschläger verhaftet würden; eine Befragung sei ausreichend, meinten die Behörden. Die Täter gaben sich unbeeindruckt. Sie beschuldigten Alexander, provoziert zu haben. Auf seine Strafanzeige hin erstatten sie ihrerseits Strafanzeige gegen Alexander. Immerhin: dieses Verfahren ist mittlerweile abgeschlossen, Alexander wurde freigesprochen. Der Richter hielt sogar fest, er habe nicht einmal von seinem Recht auf Notwehr Gebrauch gemacht. Jetzt würden auch die ausländischen Gewalttäter bestraft, würde man denken. Weit gefehlt. Das Verfahren dauert an, Ende Oktober kann Alexander zur Gerichtsverhandlung in erster Instanz erscheinen. Mehr als zwei Jahre nach dem Überfall. Und: Sein Vater musste den Anwalt bezahlen, die Verbrecher aber erhielten einen Pflichtverteidiger, also einen Anwalt auf Kosten der Steuerzahler.

Triumph der Brutalität

Alexander leidet noch heute an seiner Augenverletzung. Sie werde nie mehr ganz ausheilen, musste man ihm in der Augenklinik mitteilen. Auch mental hat er die Ereignisse noch nicht verarbeiten können. Er hatte deshalb einen Psychiater aufgesucht. Doch das nützt wenig, wenn die Täter unbestraft bleiben. Und ihn weiter terrorisieren: An seinem Arbeitsort, einem Sportgeschäft, haben sie ihn aufgesucht und bedroht. Einer hielt ihm die Faust vors Gesicht und höhnte: «Du weisst ja, wer ich bin! Du erinnerst dich doch!» Die Schläger aus dem Balkan prahlen und drohen in Arth weiter mit ihrer brutalen Tat. Sie sind die Herren der Stasse und schüchtern ihre Umgebung ein. Alexanders Schicksal ist ihr statuiertes Exempel: «Du weisst ja, wie es dem Alexander ergangen ist.» Das wirkt – denn wer möchte schon blutend auf der Strasse liegen wie Alexander?

Ohnmacht statt Staatsmacht

Die Familie Welling fühlt sich alleine gelassen, schutzlos der nackten Gewalt ausgeliefert. Unsere rechtsstaatliche Ordnung war während der letzten zwei Jahre für das Gewaltopfer nicht existent. Die Staatsgewalt hat die Familie Welling im Stich gelassen. Alexander hat in seiner Verzweiflung allen sieben Bundesräten einen Brief geschrieben – Christoph Blocher hat als einziger geantwortet.

Die Schlussfolgerungen, welche in Arth und in der ganzen Schweiz aus solchen Fällen gezogen werden: Ausländergewalt setzt sich gegen unser Recht durch. Sanktionen bleiben aus. Das gibt den Brutalen Auftrieb und raubt den Anständigen den Mut. Das verändert unsere Gesellschaft. Es verabschiedet sich der Rechtsstaat, es etabliert sich das Recht des Stärkeren.

ELPEX AG
Bettlachstrasse 141 • 2540 Grenchen
Kirchbergstrasse 105 • 3401 Burgdorf
Tel. 034 426 26 00 • Fax 034 426 26 09
E-Mail: elpex@spectraweb.ch

Projektierung, Steuerungsbau, Software und Inbetriebnahme alles aus einer Hand - das ist von grossem Nutzen für die Kunden der ELPEX AG. Ausarbeitung der technischen Dokumentation auf modernen CAD/CAE Systemen und ein moderner Schaltschrankbau sind für uns selbstverständlich.

- Projektierung
- Steuerungsbau
- Software
- Inbetriebnahme
- Betreuung

Wir setzen unsere langjährige Erfahrung und unser technologisches Wissen für Sie ein. In der **Industrieautomation** sind wir in verschiedenen Bereichen tätig. Wir steuern die Automation in der Automobil-Nahrungsmittel-, Papier- und in der Chemischen Industrie.

Visualisierungswünsche und Bedienansprüche werden von uns informativ und übersichtlich realisiert. Dabei arbeiten wir mit neusten Technologien. Testen Sie unsere Leistungsfähigkeit mit Ihrem nächsten Projekt.

Natalie Rickli, Kantonsrätin, Winterthur ZH, Nationalratskandidatin

Wenn Toleranz Verrat ist

Ein beliebiger Tag. Eine beliebige Zeitung. Aber die immer gleichen erschütternden Meldungen. Gerade letzthin musste ich wieder von einem Fall lesen, der mir als Frau besonders nahegeht: Eine ortsunkundige Lehrtochter fragte einen Unbekannten am Bahnhof Glattbrugg nach dem Weg zu einem medizinischen Zentrum. Der Schwarzafrikaner führte sie zu einer Asylunterkunft, holt dort ein Rüstmesser, bedroht und vergewaltigt sie. Übrigens: Der Mann hat seit seiner Einreise in die Schweiz im Jahr 2001 bis zu seiner Verhaftung bereits elf Straftaten begangen («Tages-Anzeiger», 29.8.07; «Blick», 29.8.07).

Gewalt hinterlässt Wunden

Das Opfer ist seelisch stark angeschlagen. Kein Wunder: Wer tiefste Demütigung erdulden und Todesangst ausstehen muss, wird sein

Leben lang an den psychischen Wunden leiden. Das ist das Schicksal tausender Gewaltopfer. Von Frauen und Männern aller Schichten und jeden Alters. Und besonders auch junger Frauen: Im Jahr 2006 wurden in der Schweiz über 4000 strafbare Handlungen gegen die sexuelle Integrität verzeichnet, darunter 639 Vergewaltigungen. So werden inmitten unserer Gesellschaft unschuldige und hoffnungsvolle junge Menschen zu Krüppeln, körperlich oder psychisch.

Verhängnisvolle politische Korrektheit

Wir beruhigen mit Opferhilfegesetz und Geldzahlungen unser Gewissen. Nur: Mit Geld lassen sich Traumata nicht heilen, mit Geld schaffen wir keine Sicherheit. Wo bleibt die Reaktion der Politik? Wo bleibt der Aufschrei der Medien? Das alles bleibt aus. Gewalttäter und Gewaltopfer passen schlecht in unsere Multikulti-Spassgesellschaft. Denn sie erinnern an unsere feige Willenlosigkeit, mahnen zum dringenden Handeln, und vor allem: Sie widersprechen dem Harmoniegeplauder. Denn: Gewalt ist nur allzu oft Ausländergewalt. Deshalb schauen linke und nette Politiker weg, deshalb berichten die Medien an der Realität vorbei, deshalb verstecken sich unsere Behörden hinter Datenschutzbestimmungen.

Linke Heuchelei

Nichts entlarvt das linke Gutmenschentum so schonungslos wie der Umgang mit Verbrechern und Verbrechensopfern: Die Toleranz gegenüber Kriminellen ist Verrat an den Anständigen. Wenn Opfer vergeblich auf die schnelle und strenge Ahndung der Untat warten müssen, verlieren Justiz und Rechtsstaat ihre Glaubwürdigkeit.

Das macht die Gesellschaft kaputt. Denn die Verbrechen wirken nicht nur auf die unmittelbaren Opfer. Verbrechen verbreiten lähmende Unsicherheit, unterschwellige Angst. Kriminalität verbreitet Terrorwirkung. Und damit Unfreiheit: Die Angst bestimmt mit. Ich überlege: Kann ich dahin? Den Zug oder den Bus benutzen? Um diese Zeit? Alleine? So verliere ich die Selbstbestimmung – und das in einem freien Land.

Ohne Sicherheit gibt es keine Freiheit und ohne Freiheit keine Lebensqualität. Unser wichtigstes Ziel heisst darum: Sicherheit schaffen! Mit der Ausschaffungsinitiative leisten wir hierzu einen ganz wichtigen und entscheidenden Beitrag.

Neue Internet-Spiele mit Geissbock Zottel

«Zottel rettet die Schweiz» – so heissen vier Spiele sowie ein Bonus-Spiel, die man ab sofort im Internet spielen kann. Dabei muss sich der Glücksbringer der SVP, Geissbock Zottel, gegen die Linken und Grünen durchsetzen, Masseneinbürgerungen stoppen, den Grenzübertritt krimineller Ausländer verhindern, die geldgierigen EU-Steuervögte abwehren und die Abzockerei durch Bussenterror bekämpfen. Die Zottel-Spiele findet man im Internet unter: **www.svp-wahlen.ch**

René Isler, Kantons- und Gemeinderat, Winterthur ZH

Kriminalität und Jugendgewalt unter der Lupe

Seit bald 25 Jahren bin ich Polizist und habe beinahe alle Stationen einer sogenannten Polizeikarriere durchlaufen. Ich denke, dass ich in diesem Vierteljahrhundert hautnah den Zerfall von Anstand und Sitte, Ehrlichkeit und Fleiss erleben musste.

Selbstverständlich gab es auch zu Beginn meiner Polizeikarriere Halunken, Gauner, Lausbuben und Müssiggänger, aber die waren mehrheitlich mit normalem Personalaufwand zu händeln. Mit dem Fall des Eisernen Vorhanges und vor allem durch das Auseinanderfallen des ehemaligen Jugoslawien nach der Ära Tito schwappte eine Welle der gewalttätigen Kriminalität über unser Land, die wir in diesem Ausmass so nicht kannten. Diese Tatsache ist unumstösslich und kann ohne jegliche Wertung in den jeweiligen Jahrbüchern der Kriminalstatistik nachgesehen werden.

Die Folgen der Einwanderung

Meines Erachtens begann Anfang der 90er-Jahre mit den Bürgerkriegen auf dem Balkan und dem leider schon damals zu hyperhumanitären Verhalten unserer Behörden und linken Organisationen das grosse Unheil. Zu Zehntausenden kamen die sogenannten Flüchtlinge in unser Land und es konnte kommen, wer auch immer wollte. Als Kriegsversehrter und Asylant brauchte man ja schliesslich weder ein persönliches Identitätspapier noch sonst eine Legimitationsurkunde seines Herkunftslandes. Wir, die Polizei, sahen uns schon sehr rasch mit neuen Formen der gewalttätigen Kriminalität konfrontiert. Die Gewaltverbrechen und die Anzahl der schweren Delikte stiegen in nicht vorstellbarer Geschwindigkeit an. Raub, Messerstechereien, Serieneinbrüche, Massenschlägereien zwischen ethnischen Gruppen und Angriffe gegen die sexuelle Integrität gehörten schon bald einmal zum Tagesgeschäft der

Polizei. Was mich aber – als Vater von drei Kindern – am meisten schockierte, war der Umstand, dass die Täter im Laufe der Jahre immer jünger und auch brutaler wurden. Wer hätte sich denn noch von ein paar Jahren vorstellen können, dass Jugendbanden Kinder erpressen, nötigen, unter Gewaltanwendung ausrauben und sogar vergewaltigen? Da braucht es wahrlich eine gefestigte positive Grundeinstellung, um als Polizist oder Polizistin das Gute nicht aus den Augen zu verlieren oder schiesslich gar zu resignieren.

Sanktionen bleiben aus

Trotz der Schaffung von neuen Spezial- und Jugenddiensten bei der Polizei, Anpassungen von Gesetzen etc. ist eine Besserung zum heutigen Zeitpunkt leider nicht absehbar, weil das verwerfliche Verhalten höchst krimineller und gewaltbereiter Personen kaum Konsequenzen nach sich zieht. Mängel sind insbesondere beim Strafvollzug festzustellen: Kaum ist ein Täter gefasst und schriftlich einvernommen, muss er meistens wieder entlassen werden, weil angeblich weder eine Flucht- noch eine Kollusionsgefahr besteht. Als ob jemand fliehen würde, der vom Sozialstaat sehr gut leben kann und kaum eine angemessene Strafe zu befürchten hat! Kürzlich haben meine Kollegen einen noch nicht mal 18-jährigen Jugendlichen aus dem Balkan verhört, der seit seinem 13. Lebensjahr sage und schreibe schon weit über 100 zum Teil schwere Straftaten begangen hat. Dass dieser Zeitgenosse, welcher weder über einen Schulabschluss verfügt noch einer Arbeit nachgeht, nicht ein Einzelfall ist, muss hier vermutlich nicht erwähnt werden. Ein Paradebeispiel unserer Vollzugsmisere ist der Fall Berisha: Diesen Gewaltverbrecher werde ich nie vergessen, weil ich persönlich mehrmals mit dieser Person und deren Verbrechen konfrontiert war.
Die Laufbahn des Berisha hört sich an wie so viele Fälle in unserem Polizeialltag. Was als Mittäterschaft eines 14-Jährigen beim Diebstahl eines Autos in Winterthur begann, endete zehn Jahre später mit einem kaltblütigen Mord in Dübendorf. Dazwischen lagen unzählige Gewaltdelikte wie Raub, Erpressungen, schwere Körperverletzungen (auch gegenüber Polizisten) und ein Tötungsversuch. Wie fahrlässig und sträflich Verantwortungsträger unserer Gesellschaft mit der steigenden Gewalt umgehen, zeigte sich vor wenigen Jahren, als das Schweizer Fernsehen über Berisha einen Dokufilm ausstrahlte. Der brutale Gewaltverbrecher, der während einer Polizeikontrolle einen Polizisten schwer verletzt hatte, wurde ins Zentrum gerückt und dessen angeblich schweres Leben beklagt. Dass ein hauptsächlich über Steuergelder finanziertes Institut einem Schwerstkriminellen eine Plattform gewährt, ist meines Erachtens höchst verwerflich und zeigt uns auf, wo das ganz grosse Problem liegt: Sämtliche Vergehen und Verbrechen ausländischer Krimineller werden schöngeredet und heruntergespielt. Es wird weggeschaut und nicht gehandelt. Von den Opfern spricht die Öffentlichkeit kaum einmal.

Gesetzlicher Täterschutz

Nebst den Problemen mit dem aufwendigen Strafverfahren und tendenziell täterfreundlichen Me-dien stehen oft auch Datenschutzbestimmungen einer effizienten Verbrechensbekämpfung entgegen: So kommt es vor, dass sogenannte Papierlose während Jahren die Polizei und Behörden in die Irre führen und dann, wenn sie eine Schweizerin heiraten wollen, plötzlich ihre Papiere wieder lückenlos vorlegen können. Und wer nun glaubt, dass solches vorsätzliche Handeln Konsequenzen haben sollte, irrt sich. Aus Gründen des Datenschutzes und des Völkerrechtes darf man solche Personen nicht mehr belangen. So stellt man dann erst Jahre später fest, dass in Tat und Wahrheit der Kosovare ein arbeitsloser Albaner, der Bangale ein Inder, der Kurde ein Türke und der bedauernswerte Kriegsflüchtling aus Ruanda ein gewöhnlicher Sozialeinwanderer aus Mali war. Solange unsere Justiz und unsere Strafverfolgung solches Tun tolerieren, werden wir die tägliche Kriminalität und Gewalt nie eindämmen können. Da kann ich eigentlich nur sagen: «Wer das Böse und Schlechte toleriert, bestraft das Gute und Ehrliche.»

Werbung

Bettenreinigung in einem Tag!

Decken und Kissen werden morgens abgeholt und in einem Tag aufgefrischt. Inhalt reinigen: Decken Fr. 25.–, Kissen Fr. 10.–. Neue Stoffe und Nachfüllung auf Wunsch. Nur 1a-Qualitäten, kein Lebendrupf! Neue Decken und Kissen, auch Spezialanfertigungen. Direktverkauf aus eigener Fabrikation.

Bettwaren Kloten

BETTFEDERNREINIGUNG
POTEMA®
MOBILE MATRATZENREINIGUNG

ZOLLINGER + CO. AG
• **8424 Embrach, Hardhofstrasse 15**
Telefon 044 869 10 75
Samstags auf tel. Anmeldung
www.rafzerfeld.com
bettwaren@rafzerfeld.com

lic. iur. Hermann Lei, Rechtsanwalt, Frauenfeld TG

Skandaleinbürgerungen: Geheimverfahren statt demokratischer Entscheid

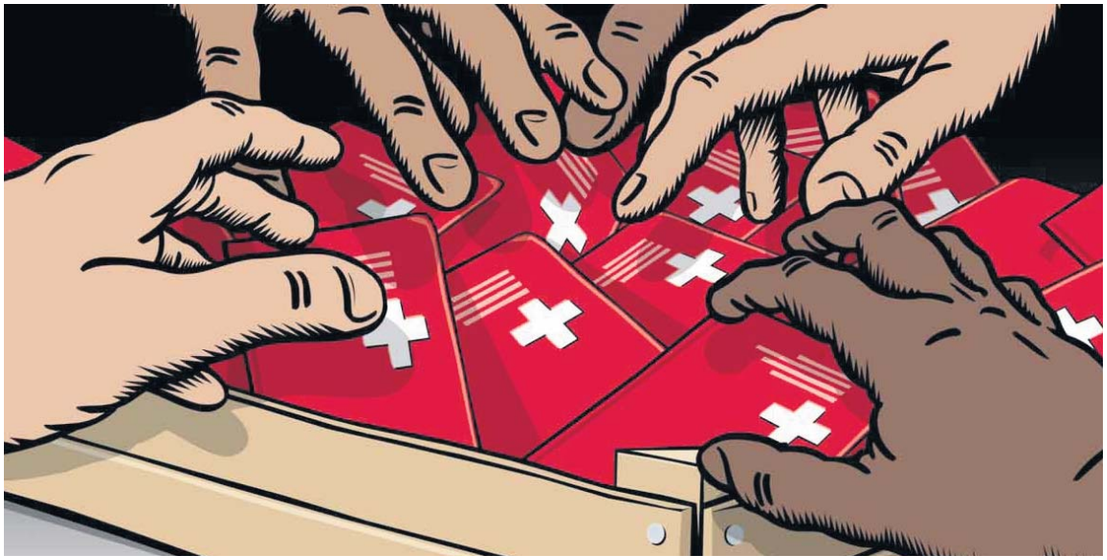
Die Demokratie lebt vom freien Entscheid. Die Stimmbürgerin und der Stimmbürger stimmen und wählen nach eigenem Dafürhalten. Rechenschaftspflichten bestehen keine. Die Demokratie lebt aber auch von den frei verfügbaren Informationen. Wem das Wissen über politische Fragen fehlt, kann sich kein Urteil bilden. Deshalb ist die Zensur mit der Demokratie nicht vereinbar. Und deshalb müssen Regierung, Parlament und Behörden der Transparenz, der Offenheit gegenüber dem Bürger verpflichtet sein.

Stellen Sie sich vor, Sie würden als Stimmbürgerin oder Stimmbürger zu einem «demokratischen Entscheid» an die Urne gerufen – aber die Vorlage ist geheim. Sie können Ja oder Nein sagen, nur wissen Sie nicht, worüber Sie abstimmen. Das ist undemokratisch, würden Sie sagen.
Das meine ich auch. Aber leider ist es hiesige Realität: Als Frauenfelder Gemeinderat hatte ich über Einbürgerungsgesuche zu entscheiden. Da ich der Auffassung bin, als gewählter Volksvertreter habe ich mich auf die Geschäfte vorzubereiten, verlangte ich vorgehend Einsicht in die Akten der Gesuchsteller. Jedoch: Die Akteneinsicht wurde mir verweigert; mein schriftliches Gesuch wurde abgelehnt. «Gemäss der bei uns geltenden üblichen Regelung haben nur die Kommissionsmitglieder die Möglichkeit, in sämtliche Akten Einsicht zu nehmen, die ein Geschäft betreffen», wurde mir beschieden. Das heisst: Ich sollte über Einbürgerungsgesuche entscheiden, von welchen ich nur Namen und Lebenslauf der Gesuchsteller kannte. Sonst nichts. Als ich im Plenum mein Anliegen wiederholte, wurde mit entgegnet: Nein, die Akten könne ich nicht einsehen, schliesslich enthielten diese vertrauliche Informationen betreffend Strafverfahren ... Ich habe alle Gesuche (natürlich erfolglos) abgelehnt – denn: Ich möchte mir aufgrund von Fakten eine eigene Meinung bilden können. Das bin ich auch meinen Wählerinnen und Wählern schuldig.

Der verantwortungslose Umgang mit dem demokratischen Prinzip ist betrüblich: Ein Entscheidkörper nickt ab, was vorgesetzt wird. Die Auseinandersetzung mit dem politischen Geschäft wird vermieden; Routine oder Bequemlichkeit – und politisch korrekte Beflissenheit? – bestimmen in einer ganz zentralen Frage das Ratsgeschehen. Und die Erteilung des Bürgerrechts ist eine solch ganz zentrale Frage: Es geht um den Entscheid, ob jemandem das Recht zukommen soll, künftig als Stimmbürgerin oder Stimmbürger, also als Teil des Souveräns, die Geschicke des Landes mitzubestimmen. Wer beispielsweise als Straftäter aktenkundig ist oder wer unwillig ist, unsere Gemeinschaft mitzutragen, soll nicht durch Teilhabe an politischen Entscheiden belohnt werden. Nur: solche Fragen werden nicht gestellt, es wird abgesegnet, durchgewinkt.

Als Camouflage dient eine pseudojuristische Argumentation mit dem Datenschutz. Ein prüfender Blick entlarvt: Das Bundesgericht hat bekanntlich von uns Stimmbürgern verlangt, dass ablehnende Einbürgerungsentscheide eine Begründung erfordern. Wenn ich aber die Akten nicht sehen kann, so kann ich auch nicht rechtsgenüglich begründen.

Das Ergebnis: Der abgelehnte Gesuchsteller würde einfach per Rechtsmittelentschied des Departements eingebürgert. Wir können also entscheiden, wie wir wollen – letztlich erhält der Gesuchsteller das Bürgerrecht. Das Verfahren wird zur Farce, die Abstimmung im Rat zum scheindemokratischen Ritual. Ein letzter Hoffnungsschimmer ist die SVP-Volksinitiative für demokratische Einbürgerungen.



Nationalrat Luzi Stamm, Baden-Dättwil AG

Missbrauch des Völkerrechts zur Beschneidung des Volkswillens

Seit Neuestem wird versucht, unsere direkte Demokratie via Völkerrecht auszuhebeln. Volksentscheide und schweizerisches Recht sollen nicht mehr gelten, vielmehr komme angeblich übergeordnetes internationales Recht zur Anwendung.
Schon immer haben elitären Kreise Mühe gehabt, sich mit den Schweizer Volksentscheiden abzufinden. Neu ist jedoch die Tendenz, juristische «Experten» einzuspannen, um dem erstaunten Stimmbürger zu «beweisen», er habe nun nichts mehr zu sagen: Nicht mehr die Schweizer Bevölkerung, sondern ausländische Polit- und Juristengremien seien zuständig, die massgebenden politischen Entscheide zu fällen.

Juristen betreiben Politik

Juristen und Gerichte mischen sich immer mehr in politische Angelegenheiten ein. Man denke an die «Verwahrungsinitiative». Weshalb soll es dem internationalen Recht widersprechen, wenn das Schweizer Volk für gewisse Straftäter lebenslängliche Freiheitsstrafen vorschreibt, bei denen es keine vorzeitige Entlassung mehr gibt? In der europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) steht kein solches Verbot, auch wenn sich die Gegner der Verwahrungsinitiative nun auf die EMRK berufen. Das Problem liegt nicht beim Völkerrecht, sondern darin, dass juristische «Experten» behaupten, ihre juristische Auslegung sei höher zu gewichten als der Wille des Schweizer Volkes.
Besonders offensichtlich werden die Einmischungsversuche via angeblich existierendes Völkerrecht bei den Themen Einwanderung / Einbürgerung. Wieso sollte z.B. ein Land wie die USA nicht das Recht haben, kanadische Einwanderer anders zu behandeln als solche aus anderen Kontinenten? Wieso sollte nicht auch die Schweiz das Recht haben, Bürgerinnen und Bürger aus verschiedenen Ländern verschieden zu behandeln, indem z.B. Angehörige unserer fünf Nachbarländer rasch eingebürgert werden, während bei andern Nationalitäten die Einbürgerungshürden verschärft werden? Wenn Juristen behaupten, gemäss geltendem Völkerrecht hätten alle Menschen unabhängig von deren Herkunft dieselben Rechte, so ist das schlicht und einfach nicht wahr. Wer so argumentiert, will neue politische Regeln durchsetzen.

Rechtsprinzipien à la discrétion

Typisch ist, dass linke Kreise, die sich immer wieder auf angeblich bestehendes internationales Recht berufen, dann plötzlich alles anders sehen, wenn es um eigene politische Ziele geht. So zum Beispiel bei den alternativen Energien: Im März 2007 beschloss das Schweizer Parlament, aus Umweltschutzgründen einheimischen Biotreibstoff (im Gegensatz zum ausländischen) von Steuern zu befreien. Der Bundesrat hat nun aber bei der Umsetzung des entsprechenden Mineralölgesetzes erklärt, er werde den Willen des Parlaments missachten, weil die Gesetzesänderung internationalen Vereinbarungen widerspreche. Es spricht Bände, was SP-Nationalrätin Marty Kälin dazu im «Tages-Anzeiger» vom 11.7.2007 ausführte: «Das Vorgehen des Bundesrates ist unverschämt. Er muss umsetzen, was das Parlament beschliesst», internationale Bestimmungen und Verträge hin oder her. Sobald es den eigenen Zielen nützt, ist offenbar die nationale Souveränität plötzlich wieder etwas wert …

Werbung

Ehemaliger Kantonaler Steuerexperte

würde sich freuen für
KMU's des Mittelstandes
als Anwalt in Steuersachen
tätig zu sein

Tel. 032 396 29 44 - Fax 032 396 20 39

Milly Stöckli-Ammann, Grossrätin, Muri AG, Nationalratskandidatin

Hausfrau und Politikerin!

Hausfrauen sollen sich vermehrt in die Politik einbringen.

Als ich vor bald dreissig Jahren meinen Mann (einen Landwirt) kennengelernt habe, wusste ich noch nicht, wohin mich mein Weg mit ihm führen würde. Dass ich Bäuerin werden wollte, war mir klar, jedoch hatte ich es damit nicht so eilig. Meine damalige Arbeit als Fotofachangestellte in einem grossen Betrieb gefiel mir sehr gut.
Ich absolvierte die Bäuerinnenschule und als wir uns entschlossen, zu heiraten und Kinder zu haben, gab ich meine Stelle auf und widmete mich ganz der Aufgabe als Bäuerin, Hausfrau und Mutter. Ich fühlte mich in meinen neuen verschiedenen Rollen wohl und hatte keine Mühe mit der traditionellen Aufgabenteilung. Neben einkaufen, kochen, putzen, waschen, die Kinder betreuen, im Garten arbeiten, auf dem Hof mithelfen und vielem mehr blieb mir doch noch genügend Zeit, um mich auch mit der Politik auseinanderzusetzen. So stellte ich mich 2001 den Wahlen in den Grossen Rat des Kantons Aargau und wurde auf Anhieb gewählt.
Viele Frauen fragen mich: «Wie kriegst du das alles auf die Reihe, das ist ja unglaublich!» Alles unter einen Hut zu bringen, ist nicht so schwierig, wie es scheint. Es braucht jedoch von der ganzen Familie ein wenig Rücksicht und Verständnis. Das Wichtigste aber ist das Planen, das Organisieren und das Kontrollieren der anstehenden Aufgaben.
Der grosse Teil der Frauen gibt mir Recht, wenn ich behaupte, dass viele Hausfrauen und Mütter gerne zu Hause sind und sich um ihre Kinder kümmern. Sie treten mit neuem Selbstvertrauen auf und werben selbstbewusst für die Attraktivität ihres Berufes. All diesen Frauen, die täglich als Hausfrau und Mutter eine Familie «managen», soll an dieser Stelle Mut gemacht werden, ihre Fähigkeiten auch in die Politik einzubringen. Gerade für sie gibt es sehr viele Möglichkeiten, aktiv zu sein und ihr Wissen und Können in einer Gemeinde, einem Kanton oder national einzubringen.
Das politische Terrain darf nicht länger fast ausschliesslich den linken und netten Frauen überlassen bleiben. Wir brauchen dringend mehr bürgerliche Politikerinnen, die sich gegen diese verfehlte Politik stellen. Wir brauchen mehr SVP-Politikerinnen, die sich für Freiheit, Selbstverantwortung, leistungsfähige Schulen, gegen die Jugendgewalt und für die Wiederherstellung von Recht und Ordnung einsetzen.

Verena Herzog, Kantonsrätin, Frauenfeld TG, Nationalratskandidatin

Inhalte anstelle von «Männchen-Weibchen»-Politik

Die Berner Politologin Stämpfli – umgeben vom Hauch der sogenannten Wissenschaftlichkeit – kann ihre politischen Präferenzen nicht verleugnen. Statt sich über die ausgewiesenen Frauen auf diversen SVP-Listen zu freuen und sie zu unterstützen, empfiehlt sie – im Namen der Frauen! – dringend links zu wählen. Sie hat Angst davor, dass diese SVP-Frauen nicht zu einer weiteren Linksverschiebung des Parlaments beitragen. Sie hat Angst davor, weil sich endlich Frauen zur Wahl stellen, denen es nicht um «Männchen-Weibchen»-Politik, sondern um Sachpolitik geht.
Es ist an der Zeit, dass mehr Frauen nach Bern kommen, die sich mit Nachhaltigkeit für die Zukunft und das Wohlergehen der nächsten Generationen einsetzen. Politikerinnen, die einstehen für eine Familienpolitik, die diesen Namen verdient. Frauen, die sich für die Stärkung der Familie einsetzen, in welcher Werte vermittelt und vorgelebt werden, in der klare Regeln für das Miteinander selbstverständlich sind. Politikerinnen, die sich für eine erstklassige, leistungsorientierte Ausbildung unserer Jugend stark machen, damit diese in der globalen Arbeitswelt reüssieren kann. Politikerinnen, die für den Abbau des Schuldenbergs kämpfen, damit nicht länger bequem auf Kosten der nachkommenden Generation gelebt wird.
Es ist an der Zeit, dass bürgerliche Frauen Realpolitik machen: attraktive Rahmenbedingungen für eine florierende Wirtschaft. Denn ohne wirtschaftlicher Erfolg stellt sich kein Wohlstand ein. Aber auch Sicherheit, Energie- und Rohstoffversorgung oder ökologische Lebensgrundlagen sind Themen, die uns alle betreffen, unabhängig ob Mann oder Frau.
Die bisherige «Männchen-Weibchen»-Politik der sogenannt emanzipierten Frauen diskriminiert durch ihre Einseitigkeit in hohem Mass den Stellenwert und die Fähigkeiten von uns Frauen. Deshalb braucht es bürgerliche Politikerinnen, die zeigen, dass es Frauen in der Politik gibt, die nicht nur an Frauen, sondern an alle Menschen denken. Viele Schweizer Bürgerinnen und Bürger sind in der Lage, differenzierter als im Mann-Frau-Schema zu denken, und haben den Blick dafür, welche Persönlichkeiten Herausforderungen und Probleme anpacken. Zu ihnen gehören die SVP-Wählerinnen und -Wähler. Die starken Listen der SVP sind bereit!

Nationalrat Hans Kaufmann, Wettswil ZH

«Präsenz Schweiz»: Steuergelder für SP-Wahlpropaganda

Die «Präsenz Schweiz», ein mit fast 9 Mio. Franken Steuergeldern finanziertes offizielles Organ der Schweizerischen Eidgenossenschaft, wurde im Jahr 2000 von Bundesrat und Parlament als Nachfolgeorganisation der Koordinationskommission für die Präsenz der Schweiz im Ausland (KOKO) ins Leben gerufen. Sie hat den Auftrag, ein Gesamtbild der Schweiz im Ausland zu zeigen, den schweizerischen Auftritt im Ausland zu koordinieren, und sie ist Projektleiterin für den Auftritt der Schweiz an internationalen Grossveranstaltungen wie Weltausstellungen. Die «Präsenz Schweiz» erfüllt und koordiniert diese Aufgabe innerhalb eines (zu) breiten Netzwerkes, zu dem beispielsweise im Inland Pro Helvetia, Schweiz Tourismus, Osec Business Network Switzerland, SECO sowie Swissinfo und Jugend- und Sportorganisationen zählen. Im Ausland sind die Schweizer Botschaften und Konsulate sowie die Schweizer Schulen die Hauptpartner.

Grundsatzbeschluss des Bundesrates

Die Stellung und die Aufgaben der «Präsenz Schweiz», insbesondere aber das «Zu-viele-Köche-System» der Präsenz im Ausland, sind politisch umstritten. Der Bundesrat hat deshalb an seiner Sitzung vom 28. März 2007 einen Grundsatzbeschluss über die Zukunft der «Präsenz Schweiz» gefasst. So soll diese Organisation in Zukunft nicht nur administrativ dem Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) zugeordnet werden, sondern vollständig mit all ihren Aktivitäten. Die Kommission «Präsenz Schweiz» soll aufgelöst werden. Um diesen Transfer zu besiegeln, muss das Bundesgesetz über die Pflege des schweizerischen Erscheinungsbildes im Ausland abgeändert werden. Diese Gesetzesrevision ist noch hängig.

Politische Werbung auf Kosten der Steuerzahler

Die Jahresrechnung 2006 der «Präsenz Schweiz» zeigt, dass die 8,9 Mio. Franken Steuergelder vor allem für Informationsmaterial (Broschüren etc.), aber auch für Konzeptionsarbeiten und Beratungen inklusive Besucherplattform (Einladungen ausländischer Besucher) verwendet wurden. Dass solches Propagandamaterial über die Schweiz nicht als verdeckte Wahlhilfe für politische Parteien ausgestaltet werden darf, versteht sich von selbst. Werden Politiker präsentiert, dann hat dies – vor allem kurz vor den Erneuerungswahlen – ausgeglichen und neutral zu erfolgen. Wenn man nun aber die Broschüre «Schweiz in Sicht», die 2007 herausgegeben wurde, durchblättert, dann stellt man fest, dass einer SP-Nationalratskandidatin aus Bern immerhin vier Seiten gewidmet werden. Etwas subtiler, aber nicht minder unfair, werden auch Bilder über berufstätige Nationalrätinnen und Nationalräte präsentiert. Das Bild eines SP-Nationalrats wurde dabei viermal so gross präsentiert wie jenes der übrigen Ratsmitglieder, als ob Letztere unter «ferner liefen» rangieren würden. Wer diese verdeckte Wahlhilfe angeordnet hat und was damit bezweckt wird, bleibt offen. Mit solchen Machenschaften verspielt sich die «Präsenz Schweiz» ihre Glaubwürdigkeit.

Bruchsch Liecht?

DE NOSI HÄT'S!

20 Jahre

NOSERLIGHT

CH-8909 Zwillikon Telefon 044 701 81 81, Fax 044 761 86 12
info@noserlight.ch, www.noserlight.ch

Heinz Müller, Grenchen, Kantonsrat, Kantonalpräsident SVP Solothurn

Politische Rassisten?

Die Kritik am Rassismusartikel ist seit dessen Einführung nie verstummt. Und das mit gutem Grund: Die Gesetzesbestimmung lädt zum Missbrauch ein. Immer wieder werden rein politisch motivierte Klagen gegen politisch Andersdenkende eingereicht. Mit Vorliebe werden immer wieder SVP-Exponenten angeklagt. Selten führen zwar die Klagen zu einer Verurteilung. Das Problem liegt jedoch nicht bei den Urteilen, sondern vielmehr bei den Unannehmlichkeiten, die durch solche Verfahren den Beschuldigten entstehen.

Zermürbungstaktik

Es kostet den Angeklagten Zeit und Aufwand, um zu beweisen, dass er sich keinen Gesetzesverstoss zuschulden kommen liess. Sollte er in erster Instanz verurteilt werden, muss er den Gerichtsentscheid weiterziehen. Das bedeutet erneut einen mit Kosten verbundenen Aufwand. Wenn er sich politisch betätigt, zieht er noch die unvorteilhafte Aufmerksamkeit der Medien auf sich. Meistens wird man da bereits als Rassist vorverurteilt, bevor das Gerichtsurteil gesprochen worden ist. Neben dem zeitlichen und finanziellen Aufwand, den man hat, wird man gesellschaftlich geächtet.
So geschehen im Kanton Solothurn: Die Stadtparteipräsidentin der SVP Grenchen, Gabriela Rauber, wurde wegen einer Aussage in einem Zeitungsinterview vom Burgdorfer Anwalt Daniel Kettiger, der für die Grüne Freie Liste bis 1999 politisch tätig war, angezeigt. Raubers Aussage lautete: «Die Kosovo-Albaner nehmen sich nicht die Mühe, sich anzupassen. Sie wollen uns ihre Gewaltbereitschaft aufzwingen.»

Der Staatsanwalt verurteilte Rauber wegen dieser Aussagen zu einer Busse von 200 Franken. Die Busse wurde angefochten und das Dossier «Rauber» ging an das Amtsgericht. Das Amtsgericht bestätigte die Busse und Rauber zog das Urteil an die nächste Instanz weiter, an das Obergericht. Das Obergericht sprach Rauber frei. Das Ganze kostet den Steuerzahler 20 000 Franken an Verfahrenskosten und Parteientschädigung. Auch die freigesprochene Gabriela Rauber hatte Kosten und Umtriebe zu tragen, die sich aus diesen verschiedenen Verfahren ergaben. Kommt dazu, dass solch nervenaufreibende Verfahren für die Angeschuldigten psychisch nicht einfach zu ertragen sind, auch wenn es letztlich zu einem Freispruch kommt.

Missbrauchsanfälligkeit des Rassismusartikels

Der Kläger hingegen hat nichts zu befürchten. Es gilt die Offizialmaxime, womit keine persönliche Betroffenheit erforderlich ist, um Anzeige erstatten zu können. Die Missbräuchlichkeit an sich ist darum schwer zu bestimmen, weil der Artikel in seiner Begrifflichkeit zu wenig klar abgefasst ist. Wenn also die Missbräuchlichkeit schwer bestimmbar ist, der Ankläger nicht persönlich betroffen sein muss und erst noch anonym bleiben kann, dann ist dieser Rassismusartikel bester Nährboden für ein gedeihendes Denunziantentum. Das macht die Gesellschaft kaputt.

Dringender Reformbedarf

Der Fall Rauber zeigt: Selbst Staatsanwälte oder Richter unterliegen also einem gewissen Druck, Verurteilungen aufgrund Art. 261bis StGB (Rassismusartikel) auszusprechen.
Der Grundsatz «Keine Strafe ohne Gesetz» galt schon im römischen Recht. Nach diesem zentralen Grundsatz darf eine strafrechtliche Sanktion nur dann Rechtsfolge eines Sachverhalts sein, wenn dieser als klar bestimmter Tatbestand in einem förmlichen Gesetz fixiert ist. Es muss für jeden Bürger einfach und klar verständlich sein, welches Verhalten strafrechtlich relevant, untersagt und mit einer Sanktion verbunden ist. Wenn man diese Umstände nach dem oben erwähnten Grundsatz «Keine Strafe ohne Gesetz» in Betracht zieht, kann man nur zu einer Schlussfolgerung gelangen: Es bestehen ernsthafte Zweifel über die Tauglichkeit des Art. 261bis StGB. Es sind zwingend Anpassungen erforderlich, damit die Freisprüche sowie Urteile auf einer klaren Rechtslage beruhen. Ansonsten ist der Antirassismusartikel zugunsten der Meinungsäusserungsfreiheit zu streichen.

Der Kampf gegen die Ideen der 68er

Rinaldo Bucher, 26
SVP International, Liste Zürich

Es ist noch nicht lange her, da warf sie Steine auf unsere Einrichtungen. Heute zerstört sie diese von innen. Die Rede ist von der 68er-Generation. Ihre Exponenten sitzen heute in den Parlamenten, Regierungen, Medien, Schulen und anderen (staatlichen) Institutionen. Was sie vereint, ist der Hass auf alles typisch Schweizerische: die dauernde, bewaffnete Neutralität, die Unabhängigkeit und Selbstverantwortung, der Drang nach Freiheit im Innern und gegen aussen und der Wille, diese Freiheit zu verteidigen. Ein Stück weit hat diese Generation erreicht, was sie wollte: Die Schweiz ist heute um einiges unfreiheitlicher, unsicherer und unselbstständiger geworden. Die Kriminalität, die staatliche Bevormundung des Bürgers, die Steuerlast und die Einengung schweizerischen Rechts durch supranationale Gebilde und Organisationen sind in den letzten Jahren stetig gestiegen.
Ich bin der Meinung, so kann es nicht weitergehen. Wir müssen den Spiess umdrehen. Bis anhin hatten es die 68er leicht, die Schweiz sukkzessive zu zerstören. Es wird Zeit, dass wir anfangen, die Ideen der 68er ins Leere laufen zu lassen. Am 21. Oktober können wir einen weiteren Schritt in diese Richtung nehmen.

Werbung

schreinerei bortoluzzi
Betpurstrasse 6, 8910 Affoltern a.A.
Tel. 044 761 36 46 info@tonibortoluzzi.ch
Türen - Schränke
Innenausbau Veriset-Küchen

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes
Shop

..... Expl.	Rucksack robust und praktisch, für Sie und Ihn!	Fr.	25.–
..... Expl.	Seidenfoulard Stilvoll und diskret für die Partei werben!	Fr.	79.–
..... Expl.	Sitzungsmappe schwarzes Kunstleder, A4, diskrete Logo-Prägung	Fr.	49.–
..... Expl.	Pin ab 10 Stück Fr. 6.–/Stück	Fr.	7.–
..... Expl.	Post-it Block à 50 Blatt	Fr.	2.–
..... Expl.	Schlüsselanhänger Geissbock ZOTTEL	Fr.	5.–
..... Expl.	Offiziersmesser Original-Victorinox	Fr.	20.–
..... Expl.	Kleber Bogen à 35 Kleber	Fr.	6.–
..... Expl.	Jass ❑ französisch ❑ Deutschschweizer	Fr.	3.–
..... Expl.	Ballone Sack à 50 Stück	Fr.	33.–
..... Expl.	Kugelschreiber	Fr.	2.50

Name .....

Vorname .....

Adresse .....

PLZ/Ort .....

Telefon .....

Mail .....

Ort .....

Datum .....

Unterschrift .....

Bitte Talon einsenden an:
Generalsekretariat SVP, Postfach 8252, 3001 Bern
per Fax an 031 300 58 59 oder Mail gs@svp.ch

Online-Bestellung auf www.svp.ch

Hans Vögeli feiert am 2. Oktober seinen 90. Geburtstag

Seit über einem halben Jahrhundert Kassier der SVP Gächlingen

Er ist pensionierter Landwirt und Kassier der SVP Gächlingen. Er ist eines dieser ruhigen, aber wichtigen und zuverlässigen Rädchen im Getriebe der SVP, die – dank ihrer kontinuierlichen Arbeit – dafür sorgen, dass unsere Stimme auch in Bern gehört wird. Politisch interessiert, engagiert er sich seit Jahren zusammen mit seiner Frau Hedy für eine Zukunft in einer freien Schweiz, für seine 5 Kinder, seine 12 Enkel ... eigentlich für uns alle.

1917 in Gächlingen geboren, war er Zeitzeuge zweier Weltkriege und vielfachen gesellschaftlichen Umbruchs. Er hat miterlebt, wie Heimatliebe und Wehrbereitschaft unser Land vor dem Zugriff des Dritten Reiches bewahrten, wie Fleiss und Zusammenhalt unser Land zur Blüte brachten und wie Werte und Arbeitswelt sich wandelten, auch in Gächlingen.

Hans Vögeli war schon immer interessiert an der Dorfkultur und am Gemeindeleben. Er hilft, unterstützt von seiner Familie, auch heute noch mit, wo er kann. Ob im Schützenverein (er schoss dieses Jahr sein 74. Obligatorisches), im Bienenzüchterverein oder im gemischten Chor, Hans Vögeli ist dabei und übernimmt Verantwortung!

Sein politisches Engagement reicht weit zurück: Die Bauern in Gächlingen waren früh gemeinschaftlich organisiert und schlossen sich zu einer landwirtschaftlichen Genossenschaft zusammen. Im Jahr 1953 wurde Hans Vögeli zum Verwalter der Landwirtschaftlichen Genossenschaft gewählt und wurde damit auch Kassier der örtlichen BGB.

Als die BGB in den Siebzigerjahren zur SVP wurde, konstituierte sich der gesamte Vorstand neu, Hans Vögeli aber behielt sein Amt als Kassier.

Während langer Zeit prägte die örtliche SVP die Gemeinde. Sie war es, die Kandidaten für den Rat rekrutierte und wichtige Vorhaben und das Betreiben der Grastrocknungsanlage, des Weizensilos und des Kartoffelkellers mit initiierte.

In den Achtzigerjahren verlor die Partei an Stärke und Einfluss. Ältere Mitglieder starben oder traten aus und Junge konnten nur sehr spärlich für die Arbeit in einer Partei gewonnen werden. Hans Vögeli blieb ihr treu. Seit nunmehr 54 Jahren versieht er das Amt des Kassiers zuverlässig, sammelt Unterschriften und nimmt rege am politischen Leben in Gächlingen teil.

Wir danken «em Vatti und em Mutti» – wie Hans und Hedy von der halben Gemeinde liebevoll genannt werden – für ihre Treue und ihren Einsatz und wünschen ihnen ein schönes Geburtstagsfest im Kreise ihrer Familie.

E. G., SVP Gächlingen

Schweizerische Kundgebung: Samstag, 6. Oktober 2007

Alle SVP-Mitglieder nach Bern!

Mit Familie und Freunden für die Schweiz einstehen

Der Wahltag vom 21. Oktober 2007 kommt in raschen Schritten näher. Die Schweizer Bürgerinnen und Bürger - Sie alle – entscheiden über die grundsätzliche künftige Ausrichtung unseres Landes. Die SVP steht für eine sichere, unabhängige und erfolgreiche Schweiz. Wir kämpfen seit Jahren für die Beibehaltung der Volksrechte und unsere einzigartige Demokratie.

Die bevorstehenden National- und Ständeratswahlen werden indirekt zu einer vorgezogenen Volkswahl für den Bundesrat. Gewinnt die Linke, wird die Forderung nach einem dritten linken Sitz in der Regierung erhoben werden. Gewinnt die SVP, werden wir die Angriffe auf Bundesrat Blocher eher abwehren können. Dabei geht es nicht vorab um die Person, sondern um die Politik der SVP, die dank Christoph Blocher glaubwürdig und konsequent im Bundesrat vertreten wird. Das heisst:

- kein Beitritt zur EU
- keine weitere Staatsverschuldung
- keine höheren Steuern, Gebühren und Abgaben
- keine Schmälerung der Volksrechte durch internationales Recht
- weniger Sozial- und Asylmissbrauch
- weniger Ausländerkriminalität
- weniger Jugendgewalt

Die Lösungen der SVP sind heute in der Regierung präsent wie nie zuvor. Sie fliessen ein in konkrete politische Vorlagen und finden auch immer wieder Volksmehrheiten. Man denke nur an die Abstimmungen über das revidierte Asyl- und Ausländergesetz. Das ist der Grund, warum die Linken und ihre Mitläufer Christoph Blocher

aus dem Bundesrat drängen wollen. Die SVP gehört aber mit den Bundesräten Christoph Blocher und Samuel Schmid in die Regierung – dies als Ausdruck des Wählerwillens.

Deshalb versammeln wir uns alle am 6. Oktober 2007 in Bern. Damit setzen wir ein kraftvolles Zeichen für eine sichere, freie und unabhängige Schweiz. Wir treffen uns ab 12.30 Uhr beim Bärengraben und ziehen anschliessend in einem farbenprächtigen und volkstümlichen Umzug durch die Berner Altstadt zum Bundesplatz vor dem Bundeshaus. Dort werden wir eine Kundgebung mit Ansprachen unserer Bundesräte und dem Parteipräsidenten erleben.

Mit diesem grossen Anlass zeigen wir zwei Wochen vor den eidgenössischen Wahlen: Unsere Schweiz ist uns nicht gleichgültig – für unsere Heimat stehen wir ein. Nehmen Sie Ihre ganze Familie, Freunde und Nachbarn mit nach Bern.

Sämtliche Kantonalparteien organisieren Anreisen. Wir zählen auf Sie!

Toni Brunner
Wahlkampfleiter Deutschschweiz

Kundgebung:

Einstehen für unsere Schweiz

auf dem Bundesplatz

Freiheit und Heimat, das lassen wir uns nicht nehmen:

am Samstag, 6.10.2007 nach Bern!

Schön sind Schweizer Leibchen und Trachten. Bringen Sie möglichst viele Fahnen mit. Selbstverständlich gehören auch kantonale Trychler und sonstige Folkloregruppen bei dieser Kundgebung dazu.

Programmablauf:

12.30 Uhr Besammlung am Klösterlistutz beim Bärengraben
Umzug durch Altstadt zum Bundeshaus

16.00 Uhr Ende politischer Teil mit unseren **Bundesräten Samuel Schmid und Christoph Blocher**

Teilnahme ist Ehrensache!

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes

Mein Zuhause – Unsere Schweiz

Veranstalter: SVP Schweiz, www.svp-wahlen.ch PC-Konto 30-8828-5

144.7.500

Wir sehen

eine Region aufblühen.

Obwohl Graubünden eine der schönsten Regionen der Schweiz ist, kehren immer mehr junge Rätoromanen ihrer Heimat den Rücken. Sie sehen wenig Perspektiven für ihre Zukunft. Microsoft engagiert sich in Zusammenarbeit mit der lokalen Verwaltung und der Wirtschaft, den romanischsprachigen Gebieten neue Impulse zu geben. Mit einer Version von Microsoft Office auf Rumantsch bekräftigt Microsoft ihr Engagement. Wir glauben an das Potenzial von Graubünden und engagieren uns für die kulturelle Vielfalt der Schweiz.

www.microsoft.ch/potential

Sent. ENGADIN/Scuol

Your potential. Our passion.™

Microsoft®

© 2007 Microsoft Corporation. Alle Rechte vorbehalten. Microsoft und »Your Potential. Our Passion.« sind entweder eingetragene Marken oder Marken der Microsoft Corporation in den USA und/oder anderen Ländern.